

Wahlprüfsteine 2013

Was tun für die Alphabetisierung?

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung bringt sich auch im Wahljahr 2013 ein und fragte bei den Parteien ihre politische Positionen ab. Die Mitarbeiter des [RAUS-Projektes](#) haben den Bundestags-Parteien Fragen zur Bundestagswahl übermittelt und gebeten, ihre Positionen und Konzepte einzubringen.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien auf die Prüfsteine geantwortet. Weiterhin veröffentlichen wir auf Wunsch der Piratenpartei auch ihre Positionen.



Hier die Antworten von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1.) Am 28.02.2011 wurde die LevelOne Studie veröffentlicht: 7,5 Millionen Erwachsene in Deutschland können nicht richtig lesen und schreiben. Sie verfügen über so geringe Lese und Schreibkenntnisse, dass sie als funktionale Analphabeten gelten. Weitere 13,3 Millionen Erwachsene zeigen eine geringe schriftsprachliche Kompetenz, die nur knapp über dem Niveau des funktionalen Analphabetismus liegt, sodass sie nur langsam mit vielen Fehlern lesen und schreiben können. Welche Schlussfolgerungen zieht Ihre Partei aus der Studie?

Die Studie hat nicht nur eine erschreckend große Zahl von funktionalen Analphabeten gezeigt. Sie war auch ein weiterer Beleg für eine zentrale Schwäche unseres Bildungssystems: Es ist nicht leistungsstark genug, um das Vererben von Bildungsarmut zu verhindern. Denn Analphabetismus und mangelnde Grundbildung sind Formen von Bildungsarmut. Die betroffenen Menschen sind in ihren sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Teilhabemöglichkeiten sehr eingeschränkt.

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. Berliner Platz 8-10 48143 Münster
Andreas Brinkmann Tim Tjettmers
0251-49099641 0251-49099642
a.brinkmann@alphabetisierung.de t.tjettmers@alphabetisierung.de

Als Bundespartei haben wir uns zum Ziel gesetzt dazu beizutragen, dass das Thema Analphabetismus nicht länger gesellschaftlich ignoriert wird. Dementsprechend werden wir in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen sowie der Bundesagentur für Arbeit und den ArbeitgeberInnen die Anstrengungen zur Verbesserung von Alphabetisierung und Grundbildung verstärken. Die bündnisgrüne Bundestagsfraktion hat Anfang 2012 einen Antrag zur Alphabetisierung gestellt: „Bildungsarmut durch Alphabetisierung und Grundbildung entgegenwirken“ (Drs. 17/8765).

Darin hat die Bundestagsfraktion u.a. deutlich gemacht, dass der Nationale Pakt für Alphabetisierung und Grundbildung mit konkreten Zielzahlen darüber versehen werden muss, wie viele Menschen erreicht werden sollten. Außerdem müssen sowohl die Lösungsansätze des Paktes als auch seine Ergebnisse transparent sein für Parlament und Öffentlichkeit. Nur so kann der Pakt zu einem erfolgreichen Instrument gegen Analphabetismus und damit auch gegen die daraus folgende soziale Spaltung werden.

2.) Derzeit lernen lediglich 20.000 Betroffene (weniger als 0,3% der Betroffenen) in Alphabetisierungskursen. Was werden Sie tun, um mehr Betroffene durch nachschulische Grundbildung zu fördern?

Gemeinsam mit Ländern und Kommunen wollen wir das Angebot an Alphabetisierungskursen ausbauen, die pädagogische Begleitung verstärken und die Angebote zielgruppenspezifischer ausgestalten. Generell sollten Grundbildungsangebote erwachsenengerecht sein. Zudem sollten sie auch geschlechter- und kultursensibel ausgestaltet sein. Um an vorhandener Lernmotivation anzuknüpfen, sollten sie einen hohen Lebens- und Arbeitsweltbezug aufweisen. Um mehr Menschen zu erreichen und den Arbeitsweltbezug zu stärken, sind auch die Sozialpartner aufgefordert, Menschen mit geringer Grundbildung gezielt zu unterstützen, sich an entsprechenden Programmen zu beteiligen. Die Weiterbildungsangebote müssen ausgebaut werden.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat es versäumt, die Förderung der Weiterbildung gerade mit Blick auf Menschen mit niedrigem Einkommen und geringer Grundbildung zu verbessern. Stattdessen hat sie erfolgreiche

aufsuchende und niedrigschwellige Angebote wie zum Beispiel im Programm „Soziale Stadt“ gekürzt. Das ist unverantwortlich. Wir wollen das Programm wieder aufstocken.

3.) Personen mit Deutsch als Zweitsprache haben die Möglichkeit, in Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Lesen und Schreiben kostenlos zu erlernen. Ausländische Mitbürger, Zuwanderer und Spät-Aussiedler erhalten eine Förderung von bis zu 1260 Unterrichtsstunden. Funktionalen Analphabeten mit Deutsch als Erstsprache (4,4 Millionen Erwachsene) steht ein vergleichbares Angebot nicht zur Verfügung. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um das Kursangebot für muttersprachliche funktionale Analphabeten auszubauen? Halten Sie ein äquivalentes Programm zu den BAMF-Integrationskursen für Betroffene mit deutscher Muttersprache für erforderlich?

Für funktionale Analphabetinnen und Analphabeten stellt sich oft das Problem, dass sie einen – oft Jahrzehnte zurückliegenden – Schulabschluss haben und daher ihren Bedarf individuell nachweisen müssen. Am leichtesten gelingt dies sicher im Arbeitszusammenhang, wo Kolleginnen, Kollegen und Arbeitgeber die Schwierigkeiten im Alltagsleben erfahren. Das ist einer der Gründe, warum wir von den Sozialpartnern erwarten, dass sie die Anstrengungen zur Verbesserung von Alphabetisierung und Grundbildung verstärken.

Eine zentrale Struktur wie das BAMF kann und sollte es nicht geben. Allerdings müssen Bund, Länder, Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit das Angebot an Alphabetisierungskursen quantitativ ausbauen und qualitativ verbessern. Außerdem müssen sie gemeinsam die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften intensivieren;

4.) Die LevelOne Studie zeigt, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit unter funktionalen Analphabeten signifikant höher ist. Rund 32 Prozent der arbeitssuchenden Bevölkerung haben Probleme mit dem Lesen und Schreiben. Die Mehrheit der erwerbstätigen Betroffenen (57% der befragten funktionalen Analphabeten) ist überwiegend im Niedriglohnsektor beschäftigt. Aufgrund der wachsenden Arbeitsmarktanforderungen laufen jedoch auch sie Gefahr, ihre

Beschäftigung zu verlieren. Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um geringqualifizierte Beschäftigte, Erwerbslose und Arbeitssuchende mit schriftsprachlichen Defiziten stärker zu fördern?

Wir wollen in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen sowie der Bundesagentur für Arbeit und den ArbeitgeberInnen die Anstrengungen zur Verbesserung von Alphabetisierung und Grundbildung verstärken. Dafür wollen wir das Angebot von zielgruppengerechten und berufsbegleitenden Bildungsangeboten verbessern und diese so wohn- bzw. arbeitsortnah wie möglich ausgestalten. Während Phasen der Arbeitslosigkeit müssen berufsbezogene Alphabetisierungs- und Grundbildungsangebote flächendeckend verfügbar sein. Unser Ziel sind nachhaltige Arbeitsmarktintegrationen und nicht kurzfristige statistische Effekte. Viele Arbeitslose haben kaum Aussichten auf einen neuen Job, weil sie nicht oder nicht mehr ausreichend qualifiziert sind. Schriftsprachliche Defizite gehören zu den Qualifikationsdefiziten. Hier wollen wir mit mehr und passenden Umschulungs- und Ausbildungsangeboten den Weg in Beschäftigung und in Arbeitsfelder mit Zukunft eröffnen.

5.) Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung hat ein bundesweites Netzwerk von Selbsthilfegruppen und Lernern aufgebaut, die das Thema Alphabetisierung in die Öffentlichkeit tragen. Welche Rolle können Ihrer Ansicht nach „Lerner-Experten“ übernehmen, um das Ziel zu erreichen, die Zahl funktionaler Analphabeten in Deutschland zu verringern? An welchen Stellen ist ihre Beteiligung besonders sinnvoll?

Erfolgreiche Lernerinnen und Lerner wissen auf Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen nicht nur am besten, wie man funktionale Analphabeten erreichen kann, sie können auch am besten motivieren. Außerdem sind sie Fachleute dafür, welche Bedingungen Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen für erfolgreiches Lernen brauchen. Wir GRÜNE sehen daher unseren Ansatz auch hier bestätigt: Mit den Betroffenen statt über sie sprechen! In allen Phasen und Ebenen von der Konzeption bis zur Durchführung müssen „Lerner-ExpertInnen“ einbezogen werden.

6.) Nach der Föderalismusreform 2006 liegt die Kompetenz für allgemeine Bildung und damit in großen Teilen für Alphabetisierung/Grundbildung bei den Bundesländern. Wie können Ihrer Ansicht nach bundesweite Beratungs- und Unterstützungsangebote wie bspw. der Beratungsservice ALFATELEFON oder die Lernplattform ichwilllernen.de sowie zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsprojekte langfristig gefördert und nachhaltig gesichert werden?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Grundgesetz ändern, um das Kooperationsverbot in der Bildung aufzuheben. Unser Ziel ist eine Ermöglichungsverfassung für bessere Bildung und ein kooperativer Bildungsföderalismus. Nur in einer echten Verantwortungspartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen können auch die Aufgaben der Alphabetisierung und Grundbildung im Rahmen einer neuen Kooperations- und Vertrauenskultur bewältigt werden. Dann können alle staatlichen Ebenen gemeinsam in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, insbesondere Sozialpartnern, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Medien, die Anstrengungen zur Verbesserung von Alphabetisierung und Grundbildung verstärken. Zudem gilt es zu prüfen, ob und wenn ja wie durch ein Stiftungsmodell die notwendige systematische Alphabetisierungsarbeit auf langfristige feste Füße gestellt werden kann.

7.) Das BMBF-geförderte Projekt RAUS handelt im Themengebiet Alphabetisierung im Strafvollzug, welcher seit 2006 ebenfalls der Zuständigkeit der Bundesländer unterliegt. Obwohl von einem besonders hohen Anteil funktionaler Analphabeten unter Strafgefangenen auszugehen ist, werden Alphabetisierungs-/Grundbildungsangebote derzeit in vielen Strafanstalten nicht angeboten. Was wird Ihre Partei unternehmen, um Alphabetisierung/Grundbildung im Strafvollzug zu fördern? Welche Maßnahmen halten Sie auf Bundesebene für erforderlich?

Das seit einem Jahr laufende Projekt RAUS setzt an den richtigen Stellen an: Die notwendige berufliche Integration von Straffälligen muss bei der Alphabetisierung beginnen. Deswegen ist es richtig, ein bundesweit übernehmbares Konzept zur Ansprache und Motivierung von Strafgefangenen zur Teilnahme an arbeitsplatzbezogener Alphabetisierung zu entwickeln. Auch die folgenden Schritte, das Entwickeln und Erproben passgenauer Förderkonzepte

(von Didaktik und Methodik bis hin zu nutzbaren Materialien) sowie das Entwickeln und Erproben übertragbarer Netzwerk- und Schulungskonzepte sind notwendig. Ihre Umsetzung im Alltag der Strafgefangenen muss dann durch die Länder gewährleistet werden.

8.) Was wird Ihre Partei unternehmen, um Menschen mit geringen Lese und Schreibfähigkeiten besser am politischen Leben teilhaben zu lassen? Gibt es Ihr Wahlprogramm auch in leicht lesbarer Form?

Wir wollen eine breite öffentlichkeitswirksame Kampagne gegen Stigmatisierung, zur Ermutigung der betroffenen Menschen und zu deren Information über Alphabetisierungs- und Grundbildungsangebote in Zusammenarbeit u.a. mit den großen Medienanstalten initiieren. Zu der Ermutigung gehört nicht nur die Beschreibung, dass Lesen und Schreiben es erleichtern, einen guten und dauerhaften Arbeitsplatz zu finden. Sie tragen auch zu einem selbstbestimmteren Leben bei. Und dazu gehört auch, am gesellschaftlichen und politischen Leben besser teilhaben und teilnehmen zu können. Wir wissen, dass auch politische Debatten oft in komplizierter Sprache und voller Fachwörter geführt werden. Aber wir bemühen uns, solche Hürden zu verkleinern. Deswegen gibt es unser Wahlprogramm hier auch in leicht lesbarer Form:

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/Bundestagswahlprogramm2013_LeichteSprache.pdf.